

Posener Zeitung.

Das Abonnement

auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 21 1/2 Sgr.

Bestellungen

nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate

(1/4 Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 19. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Sekonde-Lieutenant mit dem Charakter als Premier-Lieutenant Baudach des Invalidenbataillon bei Berlin den Königlich Preussischen Orden vierter Klasse; den nachstehenden Offizieren die Erlaubnis zur Anlegung der von dem Herzog von Sachsen-Altenburg-Hohenzollern verliehenen Dekorationen des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens zu erteilen, und zwar: des Komthurkreuzes erster Klasse: dem Generalmajor Grafen von der Goltz, Kommandeur der 16. Infanterie-Brigade, des Komthurkreuzes zweiter Klasse: dem Major von Salviati vom Generalstabe der 8. Division, und des Ritterkreuzes: dem Hauptmann von Beckmar-Soweth vom 2. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 32, kommandiert als Adjutant bei der 8. Division.

Der Wundarzt erster Klasse Caro ist zum Kreiswundarzt des Kreises Allenstein ernannt worden.

Dem Organisten Heinrich Julius Tschirch zu Hirschberg in Schlesien ist das Prädikat „Musikdirektor“ verliehen worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Frankfurt a. M., Mittwoch 18. Nov., Mittags. Dem Bernehmen nach haben der Großherzog von Weimar und der Herzog von Meiningen den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt.

Frankfurt a. M., Mittwoch 18. November, Nachmittags. Die heutige „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlicht nachstehendes Regierungsantrittspatent:

„Schleswig-Holsteiner! Der letzte Fürst der dänischen Linie Cures Regentenhauses ist dahin gegangen. Kraft der alten Erbfolgeordnung unseres Landes und des Oldenburgischen Hauses, kraft der Ordnungen, welche die Schleswig-Holstein'sche Landesversammlung in dem Staatsgrundgesetz ausdrücklich bestätigt hat, kraft der von meinem Vater zu meinen Gunsten ausgestellten Verzichtsurkunde, erkläre ich hierdurch als erstgeborener Prinz der nächsten Linie des Oldenburgischen Hauses, daß ich die Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein anrete, und damit die Rechte und Pflichten übernehme, welche die Vorziehung meinem Hause und zunächst mir überwiesen hat. Ich weiß, daß diese Pflichten in schwerer Zeit an mich herantreten, ich weiß, daß zur Durchführung meines und Cures Rechtes mir zunächst keine andere Macht zu Gebote steht als die Gerechtigkeit unserer Sache, die Heiligkeit alter und neuer Eide und Cures Ueberzeugung von der Festigkeit des Bundes, welches mein Geschick und das Cures vereint. Ihr habt bis jetzt Ungerechtigkeit ebenso mannhaft getragen, als Ihr mannhaft gekämpft hattet, Ungerechtigkeit abzuwehren. Ihr das Joch, das man Euch auflegte, gab bis jetzt ein unbestrittenes Recht den Vorwand, denn der König von Dänemark war zugleich Euer Herzog.

Von jetzt an wäre die Herrschaft eines Königs von Dänemark über Euch eine Usurpation und rechtlose Gewaltthat, und unsere gemeinsame Aufgabe ist es, dieser Herrschaft ein Ende zu machen.

Ich kann Euch jetzt nicht aufrufen, Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Euer Land ist von fremden Truppen besetzt, Ihr habt keine Waffen. Mir liegt deshalb vor Allem ob, die Regierungen des Bundes um Schutz meines Regierungsrechtes und Eurer nationalen Rechte anzufragen. Der deutsche Bund ist niemals der legitimen Erbfolge entgegengetreten. Die Ordnung, auf welcher die Regierungen Deutschlands ruhen, ist dieselbe, auf der meine Rechte begründet sind, und die Regierungen Europas werden der durch die Erfahrung bestätigten Wahrheit nicht widerstehen, daß ein haltbarer Zustand da nicht dauern kann, wo eine willkürliche Rechtsordnung einem Volke gegen seine geheiligten Wünsche, gegen seine von Gott gesegnete Nationalität und gegen sein uraltes Recht aufgedrängt werden soll.

Lauenburger! Euer schönes Land, Gegengabe für ein Land, dessen Namen ich durch meine Geburt trage, unterliegt dessen Erbfolge, soweit nicht Rechte anderer Glieder meines Hauses und ältere und begründete Rechte deutscher Regentenhäuser daran haften. Ich gebe Euch das Versprechen, daß ich Euer nationales Recht als mein eigenes betrachte und soweit ich berufen bin, Eure Rechte und Freiheiten beschützen werde.

Schleswig-Holsteiner! Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß mein Recht Eure Rettung ist, gelobe ich für mich und mein Haus zu Euch zu stehen, wie ich in der Schlacht zu Euch gestanden, mich nicht zu trennen von Euch und unserm Rechte. Und so gelobe und schwöre ich gemäß dem Staatsgrundgesetz: Die Verfassung und die Gesetze

der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu beobachten und die Rechte des Volkes aufrecht zu halten. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort.

Schloß Dölzig am 16. November 1863.

Friedrich, Herzog von Schleswig-Holstein.

Frankfurt a. M., Mittwoch, 18. November Abends. Der gesetzgebende Körper hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, die dringende Aufforderung an den Senat zu richten, den bisherigen Erbprinzen von Augustenburg als nunmehrigen Herzog von Schleswig-Holstein-Lauenburg anzuerkennen und diese Anerkennung durch den Frankfurter Bundestagsgesandten bei dem Bundestage aufs Dringendste zu beantragen und zu fördern.

Hamburg, Mittwoch 18. Nov., Nachmitt. Nach Berichten aus Kiel ist die auf morgen daselbst anberaumt gewesene Versammlung von Ständemitgliedern Seitens der Regierung verboten worden.

In Kopenhagen soll die Stimmung eine sehr aufgeregte sein; die Ruhe ist indeß in keiner Weise gestört worden.

Kopenhagen, Mittwoch 18. Novbr., Nachmittags 4 Uhr. Die gemeinschaftliche Verfassung für Dänemark und Schleswig ist so eben von dem Könige im Geheimen Staatsrath unterschrieben worden.

Kopenhagen, Mittwoch 18. Novbr., Nachmittags 5 Uhr 30 Min. In einer außerordentlichen Sitzung des Reichsraths theilte der Konseilspräsident Minister Hall die eben erfolgte königliche Unterzeichnung des Grundgesetzes für Dänemark und Schleswig mit. Der Präsident des Reichsrathes brachte darauf ein Hoch auf den König aus, das von den Mitgliedern wie auf den dichtgedrängten Tribünen einen donnernden, unendlichen Wiederhall fand.

Ein fernerer Vorschlag des Präsidenten, der Reichsrath möge dem Könige morgen nach erhaltenen Allerhöchster Erlaubnis einen Glückwunsch und Dankagung in corpore darbringen, wurde mit Akklamation angenommen.

Frankfurt, 18. November. Der Großherzoglich Badensche Bundestags-Gesandte hat die Vollmacht des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein für die holsteinische Stimme am Bundestage mit Zustimmung seiner Regierung vorläufig übernommen.

Deutschland.

Preußen. O. S. Berlin, 18. November. [Die schleswig-holsteinische Frage.] Wahrlich wichtiger, als die Beleuchtung des heute zur Beratung und Annahme gekommenen Adressentwurfs im Herrenhause ist es, seine Aufmerksamkeit der dänischen Angelegenheit zuzuwenden, und nicht bloß in der Presse darf dies geschehen, sondern auch die deutschen Volksvertretungen müssen die Initiative ergreifen, um den Regierungen mit Rath und That beizustehen. In erster Linie ist dies eine Pflicht der preussischen Kammern, denn gerade in den Erbherzogthümern hat Preußen den providentiellen Beruf für Deutschland, den ja auch die Adresse des Herrenhauses betont, zu erfüllen. Preußen hat Deutschlands Interessen vom Fremdling befreit, Preußen wird nun auch den Dänen zeigen müssen, daß Schleswig und Holstein Glieder des deutschen Bundes sind. Der deutsche Bund aber, der niemals dem Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 oder dem Londoner Protokoll vom 2. August 1850 beigetreten ist, befindet sich jetzt in der günstigsten Lage, sofort für den rechtmäßigen Erben der Herzogthümer, für den Prinzen der Augustenburgischen Linie, thätig einzutreten. Den Herzog von Augustenburg als legitimen und souveränen Herzog von Holstein und Schleswig als deutsches Bundesglied anerkennen, deutsche Truppen ohne Verzug nach Holstein schicken, das Land im Namen Deutschlands verwalten, das sind die ersten Schritte, welche der Bund zu thun hat und thun muß, wenn er anders zeigen will, daß es um seine Lebensfähigkeit noch nicht so schlecht bestellt ist, als Oesterreichs Kaiser dies dem Preußenkönige, der jetzt Europa zeigen kann, daß Preußen bereit ist, überall das Recht zu schützen, vor Kurzem auseinandergelegt hat. Der Kaiser Napoleon hat so sehr das legitime Recht der Völker betont, das auf einem Kongreß zur Geltung kommen sollte, daß er dem legitimen Rechte der Schleswig-Holsteiner seine Anerkennung nicht wird versagen können. Jedenfalls wird jetzt, wie die „Sp. Z.“ sehr richtig bemerkt, der Kampf zwischen der dänischen Ochlokratie und den Rechten der Herzogthümer in eine neue Phase treten und der Prinz Christian dürfte schwerlich Nachfolger in Schleswig und Holstein werden, bevor nicht die dänische Ochlokratie gebändigt ist und die selbstständige Stellung der Herzogthümer und ihre Verbindung in ganz anderer Weise geregelt worden, als durch die Vereinbarungen von 1850 und 52. Geringeres dürfen selbst diejenigen Mächte nicht anstreben, die durch das Londoner Protokoll sich zur Anerkennung der Nachfolge Christians in den Herzogthümern verpflichtet halten. Hier kann auch Oesterreich zeigen, ob es deutsche, wahrhaft deutsche Politik zu treiben Willens, ob es überhaupt dazu fähig ist; thut es dies ohne Rückhalt, dann wollen wir ohne Rückhalt unsere Freude darüber aussprechen und der Hoffnung nicht entsagen, daß endlich doch ein besseres Verhältniß zwischen den beiden deutschen Großmächten sich herausbilden wird. Vor allen Dingen aber ist es an den Schleswig-Holsteinern, zu zeigen, daß

sie den jetzigen großen Augenblick, der vielleicht nimmer wiederkehrt, zu ergreifen die Absicht haben. Alles muß geschehen sein, ehe der Diplomatengroß zusammentritt, denn dessen erste Konsequenz ist vielleicht ein Bündniß zwischen Oesterreich, das sich des zu deutsch gesinnten Grafen Rechberg entledigt hat, und Frankreich — ein schwerer Schlag für die bis dahin noch ungeregelten Interessen der Erbherzogthümer.

Δ Berlin, 18. November. [Die Preßverordnung; Abg. v. Vincke-Oldendorf; die „Kreuzzeitung“; Hr. v. Bismarck.] Nach Berichten in den Zeitungen soll im Abgeordnetenhaus am Donnerstag der Beschluß in Betreff der Preßverordnung vom 1. Juni so gefaßt werden, daß den Zeitungsverlegern ein civilrechtlicher Anspruch auf Schadenersatz gegen die Personen, welche ihnen durch diese Verordnung Vermögensbeschädigungen zugefügt haben, vorbehalten bleibt. Wir meinen, daß dieser Beschluß ein praktisches Resultat schwerlich haben und nur zu neuen Interpretationen von Verfassungsbestimmungen Anlaß geben dürfte. Thatsächlich bemerken wir, daß nach den Verfassungen von Weimar (§. 61), Koburg-Gotha (§. 130) und Neuf j. L. (§. 67) provisorische Gesetze sofort und ohne Weiteres außer Wirksamkeit treten, wenn die ständische Zustimmung verweigert ist, daß aber allgemein angenommen wird, diese Verjagung der Zustimmung bewirke keine Ungültigkeit des provisorischen Gesetzes mit rückwirkender Kraft. In den Verfassungen ist dies, mit Ausnahme des §. 67 in derjenigen für Neuf j. L., nicht ausdrücklich bemerkt, kann aber doch nach staatsrechtlichen Ansichten hineininterpretirt werden. Am besten hätte die Regierung gethan, sie hätte die Verordnung vor dem Zusammentritt des Landtages von selbst außer Wirksamkeit gesetzt, denn dann hätte sich der Landtag nur in dem Falle mit der Verordnung zu beschäftigen gehabt, wenn der Inhalt derselben für verfassungswidrig erkannt worden wäre.

Durch liberale Blätter war die Nachricht verbreitet, der Abgeordnete v. Vincke-Oldendorf habe jüngst in einer Audienz bei Sr. Maj. dem Könige Gelegenheit gefunden, seine Ansichten über die dänische Lage des Landes auszusprechen und sei darauf von Sr. Maj. ungnädig entlassen worden. Die „Kreuzztg.“ bespricht nun jene Audienz mit der Versicherung, daß die „Allerhöchsten Kundgebungen auf unbedingte Mißbilligung des jetzigen Gebahrens des Hrn. v. Vincke schließen lassen“. Dasselbe Blatt scheint durch die Auslassungen des Grafen Eulenburg über die bei den Wahlprüfungen im Abgeordneten-Hause zur Sprache gekommenen Wahlbeeinflussungen seitens der Landräthe nicht zufrieden gestellt. Der Herr Minister hätte zwar etwaige Versehen einzelner Beamten zugeben können, aber — zumal in diesem Hause — den vollen Accent auf die Treue und den Eifer legen sollen, mit dem auch diese Beamten den Dienst Sr. Majestät wahrgenommen. Es scheint also hiernach nahe daran zu sein, daß der Landrath zum königlichen Hausoffizianten gemacht wird.

Die „Debats“ vom 17. November knüpfen an die irrthümlichen Mittheilungen der Wiener „Presse“ vom 13. d. Mts. über Verhandlungen, welche zwischen Preußen, Rußland und Oesterreich in der Kongreßfrage geführt sein sollen, die Vermuthung, daß eine Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich den Rücktritt des preussischen Ministerpräsidenten zur Folge haben würde. Dagegen tritt heute sowohl die „Kreuzztg.“ als die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit dem Bemerkten auf, daß der Rücktritt des Hrn. v. Bismarck vielleicht in den Wünschen des Wiener Kabinetts liege, daß aber jetzt weniger als je an deren Erfüllung zu denken sei, und Preußen sich in seiner deutschen Politik von Oesterreich nicht in's Schlepptau werden nehmen lassen.

** Berlin, 18. Novbr. Se. Maj. der König feierte gestern Abend nach Aufhebung der Tafel im Jagdschloß Grinowald mit den königlichen Prinzen und der übrigen Jagdgeellschaft nach Berlin zurück und erschien in der Oper. Heute nahm der König den Vortrag des Civilkabinetts entgegen, empfing nach einander den Geh. Rath Klemm, Herrn v. Oheimb, Minister in Lippe-Deimold, den Staatsminister v. Müller, welcher Sr. Majestät den neu ernannten Domprediger Dr. Koegel vorstellte, den Generalleutnant und Generaladjutanten des Kaisers von Rußland, Grafen Adlerberg; hierauf den Vortrag des Ministerpräsidenten von Bismarck.

Unter den Landtagsmitgliedern, welche ihre Kartent im königlichen Hofmarschallamte abgegeben haben, befinden sich auch die Präsidenten des Abgeordnetenhauses Grabow, v. Unruh, v. Bokum-Dolffs.

Der als vierter Hof- und Domprediger und Hilfsarbeiter im Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten hierher berufene Pastor Dr. Kögel (aus Birnbaum), bisher Prediger bei der deutschen Gemeinde in Haag, ist hier eingetroffen und vorgestern im genannten Ministerium eingeführt worden.

Die Vorbereitungen zur Anstellung der preussischen Reserveoffiziere für die Ausführung der Exekution in Holstein haben nun begonnen, und nachdem gestern Se. Maj. der König mit dem Kriegsminister und dem Chef des Generalstabes, Hr. v. Moltke konferrirt, haben die 6. und die 13. Division bereits Befehl zur Marschbereitschaft erhalten und ebenso ist die Konzentrirung der Kriegsschiffe befohlen worden. Das Alles stimmt aber schlecht zu der Aeußerung der Wiener „General-Correspondenz“, wonach die Exekution wahrscheinlich sistirt werden würde, um dem neuen Könige Zeit zur Orientirung zu lassen.

Der Ministerpräsident hat heute den Erbprinzen von Augustenburg empfangen und darauf längere Zeit mit dem französischen Botschafter und dem russischen Gesandten konferrirt. Der Erbprinz war aus Gotha gekommen, scheint aber von dort nicht viel Günstiges über die Ansichten Oesterreichs in Bezug auf seine Ansprüche mitgebracht zu haben.

Die Bestimmungen des Londoner Protokolls vom 8. Mai 1852, die sich auf die Erbfolge in Dänemark und den Herzogthümern beziehen, lauten folgendermaßen:

In Betracht, daß die mit den allgemeinen Interessen des europäischen Gleichgewichts eng verknüpfte Aufrechterhaltung der Integrität der dänischen

Monarchie für die Bewahrung des Friedens von hoher Wichtigkeit ist, und daß eine Kombination, mittels welcher die männliche Nachkommenschaft mit Ausschluß der Weiber zur Erbfolge in die Gesamtheit der gegenwärtig unter dem Scepter Sr. Maj. des Königs von Dänemark vereinigten Lande berufen würde, zur Sicherstellung der Integrität dieser Monarchie das geeignetste Mittel sein dürfte, haben der Kaiser von Oesterreich etc., der Prinz-Präsident der französischen Republik, die Königin von Großbritannien etc., der König von Preußen, der Kaiser aller Rußen und der König von Norwegen und Schweden auf desfallsige Einladung Sr. Maj. des Königs von Dänemark beschloffen, einen Vertrag abzuschließen, um den auf diese Erbfolgeordnung bezüglichen Verfügungen durch einen Akt europäischer Anerkennung an noch ein Unterpfand der Beständigkeit zu verleihen. Demzufolge haben die hohen kontrahierenden Theile ernannt etc., welche etc. über folgende Artikel übereingekommen sind: Art. 1. Da Sr. Maj. der König von Dänemark nach ernstlicher Erwägung der Interessen Ihrer Monarchie mit Zustimmung Sr. k. h. des Erbprinzen und Ihrer nächsten durch das dänische Königsgeiz zur Erbfolge berufenen Agnaten, sowie auch im Einverständniß mit Sr. Maj. dem Kaiser aller Rußen, Chef der älteren Linie des Holstein-Gottorpschen Hauses, erklärt haben, die Erbfolgeordnung in Ihren Staaten dergestalt festsetzen zu wollen, daß Ihre Krone — in Ermangelung männlicher vom Könige Friedrich III. zu Dänemark in gerader Linie abstammender Nachkommenschaft — an Sr. Hoheit den Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und an die aus der Ehe dieses Prinzen mit der Prinzessin Louise zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, geb. Prinzessin von Hessen, entstehenden Descendenten nach dem Rechte der Erstgeburt von Mann zu Mann übertragen werde; so verpflichten die hohen kontrahierenden Theile, in voller Würdigung der Weisheit der Ansichten, welche für die einstige Annahme seiner Kombination entscheidend gewesen, sich gemeinschaftlich im Falle einer Verwirklichung der vorbezeichneten Möglichkeit, das Successionsrecht des Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und der männlichen aus dessen Ehe mit genannter Prinzessin in gerader Linie entstehenden Descendenten auf die Gesamtheit der gegenwärtig unter dem Scepter Sr. Maj. des Königs von Dänemark vereinigten Lande anerkennen.

Art. II. bestimmt, daß falls die Descendenz der Linie des Prinzen Christian bald erlöschen sollte, die hohen kontrahierenden Theile in Erwägung ziehen werden, was dann zu geschehen habe. Art. III. lautet: Es ist ausdrücklich verstanden, daß die gegenseitigen aus der Bundesakte von 1815 und dem bestehenden Bundesrecht hervorgehenden Rechte und Verpflichtungen Sr. Maj. des Königs von Dänemark und des deutschen Bundes in Betreff der Herzogthümer Holstein und Lauenburg durch den gegenwärtigen Vertrag nicht verändert werden sollen.)

Das Londoner Protokoll enthält also eine Anerkennung dieser Erbfolge; eine Garantie ist von keinem der Unterzeichner übernommen.

Bei den Kassen der preussischen Bank ist neuerdings eine neue bisher unbekante Art falscher preussischer Fünfundzwanzig-Thaler-Banknoten vorgekommen, die nicht, wie die bisherige falsche Sorte, sich durch ein lappiges Papier kenntlich macht, sondern schönes glattes Papier hat und nur im Druck ein wenig weißlicher als die echten Noten sind.

Privatnachrichten aus Kopenhagen zufolge wird die bekannte Gräfin Danner Dänemark schon in kürzester Zeit verlassen und ihren Aufenthalt zunächst bei Verwandten im Regierungsbezirk Minden nehmen.

Breslau, 17. Novbr. [Dr. Heinrich Schneider] aus Brieg, der wegen seiner durch die Wahlen bethätigten Gesinnung aus seiner Stelle als Hilfslehrer am Gymnasium in Brieg entlassen worden ist, hatte sich nach Berlin begeben, um sich dort eine Existenz zu gründen. Der Abgeordnete Kommerzienrath L. Reichenheim hat denselben mit einem Jahresgehalt von 500 Thalern als Hauslehrer angestellt.

Bonn, 15. Novbr. Große Heiterkeit hat es hier erregt, daß ein Landrath, wie es scheint, durch die Provinzialregierung veranlaßt, offiziell an die hiesige medizinische Fakultät die Aufforderung gerichtet hat, einem Kreischirurgen „zur Stärkung der konservativen Richtung“ den medizinischen Doktorgrad zu verleihen. (B. Z.)

Erfurt, 15. Novbr. [Die Vertretung im Herrenhause.] Am 12. December v. J. hatte die Stadtverordnetenversammlung dem Vertreter der Stadt im Herrenhause während seiner Anwesenheit in Berlin pr. Tag 4 Thlr. und für jeden Tag der Reise 8 Thlr. in der Weise bewilligt, daß ein Maximalbetrag von 400 Thlrn. für das Jahr 1863 nicht überschritten werde. Ein Schreiben des Oberbürgermeisters v. Oldershausen an den Magistrat beantragt eine Nachbewilligung für das Jahr 1863. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung bemerkte in der vorgestrigen Sitzung in Bezug hierauf, daß die dem Herrenhause vorgelegten Gesetze so großes Interesse für die Kommune Erfurt nicht haben, namentlich da die Majorität des Herrenhauses so groß ist, daß es unerheblich erscheint, ob ein Mitglied mehr oder weniger der Session bewohnt; hingegen sei es höchst wünschenswerth, den Oberbürgermeister hier am Orte zu wissen, da nicht allein sein nächster Vertreter, Herr Bürgermeister Kirchhof, krank, sondern auch viele Sachen schon Jahr und Tag ruhen, deren Erledigung doch endlich dringend zu wünschen sei. Es sei hier nur zu erwähnen die Rathhausbau-Angelegenheit und die Ordnung der Schulkassenverhältnisse; das seien sehr wichtige Fragen für die Stadt, und deren Lösung würde durch die Abwesenheit des Herrn Oberbürgermeisters v. Oldershausen verzögert. Die Versammlung schloß sich den Gründen des Vorsitzenden an und lehnte jede Nachbewilligung auf das Jahr 1863 für die Vertretung der Stadt im Herrenhause ab. Eben so wurde der 2. Theil des Antrages, der auf Bewilligung von Diäten und Reisekosten für das Jahr 1864 ging, in Erwägung derselben Gründe für den schon gefaßten Beschluß, für jetzt mit großer Majorität abgelehnt. (Th. Z.)

Rheba, 17. Novbr. Auf die von dem Redakteur der „Kl. Ztg. für Stadt und Land“, Dr. D. Lüning, eingelegte Berufung gegen das Urtheil der Kreisgerichtskommission zu Wiedenbrück, welche ihn „wegen Beleidigung der Minister in Bezug auf ihr Amt“ zu einer Geldstrafe von 50 Thlrn. verurtheilt hatte, hat das Obergericht zu Paderborn auf Freisprechung des Angeklagten erkannt. (Westf. Z.)

Oesterreich. Wien, 16. November. Die Nachricht von der Enthebung des Fürsten Czartorski von seinem Posten als General-Agent der polnischen Nationalregierung wird für falsch erklärt. — Der schon auf der Reise hierher begriffene Großfürst Konstantin, dessen in Wien bereits erfolgte Ankunft irriger Weise gemeldet wurde, hat sich durch das stürmische Wetter genöthigt gesehen, wieder nach Odessa zurückzukehren. — Die „Wiener Zeitung“ reproducirt mit Genußthung den die Beziehungen Rußlands zu Oesterreich betreffenden gegen den „Nord“ gerichteten Artikel des „Journals de St. Petersburg.“ Dasselbe Blatt spricht die Hoffnung aus, daß die Thronbesteigung des neuen Königs von Dänemark der Lösung des deutsch-dänischen Zwistes günstig sein werde.

Großbritannien und Irland.

London, 16. Nov. Der plötzliche Tod des Königs von Dänemark ist in den Betrachtungen der englischen Blätter die Königfrage ab. Alle Londoner Blätter halten sich für verpflichtet, das Ereigniß wie einen die englische Königsfamilie betreffenden Trauerfall mit allen Zeichen tiefen Kammers und Grams aufzunehmen. Daß sie das Leben und Wirken des hohen Verstorbenen vom patriotisch dänischen Gesichtspunkt

auffassen und daher mit ihrem Tode nicht sparen, versteht sich von selbst. Die „Post“ hat den originellen Einfall, anzudeuten, daß die Deutschen gewissermaßen den Tod Friedrichs VII. auf dem Gewissen haben: „Es ist merkwürdig, daß im Jahre 1848 sein Vater und Vorgänger auf dem Throne derselben Krankheit (erysipelas), erlegen ist. Unmöglich aber kann man sich des Gedankens erwehren, daß der mit den deutschen Mächten schwebende Streit dazu beigetragen hat, den Ausgang der Krankheit tödtlich zu machen. Das Leiden, an welchem der König starb, war, wie dies nicht selten der Fall ist, hauptsächlich vom Delirium begleitet, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß der ewige Mergel, den ihm die Politik Deutschlands in letzter Zeit bereitet, sein Gehirn für die Einwirkungen des Uebels mehr als gewöhnlich empfänglich machte.“ Wenn nun die Deutschen den König durch moralische Mittel umgebracht haben, so scheint doch die „Post“ zu glauben, daß Europa Grund haben werde, ihnen dafür dankbar zu sein. „Die Wirkung des Ereignisses“, fährt sie fort, „wird vermuthlich die gütliche Beilegung des langwierigen Haders zwischen der dänischen Krone und den deutschen Staaten sein.“

Frankreich.

Paris, 16. November. [Vertrauliche Berathungen mit Oesterreich.] Im März d. J. hatte, wie das „Mémorial Diplomatique“ sagt, das Tuilerien-Kabinet dem Wiener Kabinette vertrauliche Vorschläge, wie die polnische Frage zu lösen sei, gemacht. An diese Vorschläge muß man jetzt anknüpfen, um die wirkliche Bedeutung des Manifestes vom 5. November richtig zu verstehen. Das „Mémorial“ läßt sich also aus: „Die zu jener Zeit dem Wiener Hofe gemachten vertraulichen Eröffnungen gingen darauf hinaus, Polen zu einem letzten Vollwerke des politischen Gleichgewichts mittelst einer ununterbrochenen Kette von Allianzen zu machen, die von den Ufern der Weichsel bis an die Säulen des Herkules gereicht haben und deren Schwerpunkt in Frankreich und Oesterreich gelegen haben würde. Die Umgestaltung der Verträge von 1815 wäre die unmittelbare Folge von der Annahme dieses Planes gewesen.“ Als England von diesen Verhandlungen Kenntniß erhielt, gab es seinem Votschreiber in Wien sofort den Auftrag, die österreichische Regierung von einer Politik zurückzuhalten, die Lord Palmerston und Lord Russell als abenteuerlich bezeichneten und als mit Nothwendigkeit zu einem allgemeinen Brande führend darstellten. Großbritannien wollte in der polnischen Frage nur die legale Frage, wie sie in den Verträgen von 1815 bestimmt umgränzt ist, erblicken, und der Wiener Hof wagte nicht weiter vorzugehen. Graf Rechberg machte also den Einwurf, seine Regierung könne auf Galizien nicht Verzicht leisten, und das Tuilerien-Kabinet antwortete eiligst darauf, daß es, weit entfernt davon, an eine Schwächung Oesterreichs zu denken, vielmehr die Absicht habe, es durch reichliche Entschädigungen zu stärken. Der Reichsrath hatte übrigens erklärt, daß Oesterreich eher seinen letzten Mann und seinen letzten Thaler opfern, als einen Zoll breit Landes abtreten werde, und das „Mémorial“ bemerkt dazu, daß eine so gestellte Frage eine entschiedene Frage sei. Davon ausgehend, will es in einem nächsten Artikel den Nachweis führen, daß Galizien keine polnische Provinz sei. Die „Opinion Nationale“ aber bemerkt ihrerseits dazu: Die Behauptung, abgesehen davon, daß sie ganz nutzlos ist, berührt die Frage gar nicht, und könnte man nicht mit Recht annehmen, daß man darauf nur darum so sehr besteht, weil man markten will, um möglichst vortheilhafte Tauschbedingungen zu erhalten, um Frankreich zu nöthigen, daß es (man verzeihe uns das kühne Wort) diesen oder jenen dem österreichischen Thron wohlthätigen Namen, z. B. Schlesien, ausspreche? Diese Hypothese hat nichts Unwahrscheinliches; Krieg würde allerdings die Folge sein; man weiß in Oesterreich ganz genau, daß Preußen auf seine polnischen Provinzen nur in Folge eines erbitterten Kampfes verzichten würde, und diese Ueberzeugung, sagt das „Mémorial“, hat den Wiener Hof im März d. J. zurückgehalten. Die österreichische Regierung wollte gleichwohl seitdem dem Kaiser beweisen, wie hoch es dessen freimüthige Sprachsätze, und beilegte sich, zu erklären, „daß, wenn in Folge unvorhergesehener Umstände die absolute Nothwendigkeit, auf den von Napoleon III. bezeichneten Weg einzutreten, von Europa anerkannt werden sollte, Oesterreich sich beeifern würde, thätig und loyal Frankreich zur Seite zu stehen.“ Es soll dabei gesagt haben: „Wir halten daran fest, daß die polnische Frage mit uns erledigt werden muß, damit sie es nicht ohne uns wird.“ Das „Mémorial“ fügt hinzu, das Einvernehmen zwischen Frankreich und Oesterreich sei besser, als je, und es glaubt zu wissen, daß, wenn Fürst Metternich in Wien so lange zurückgehalten worden sei, dies einzig deshalb geschehen sei, weil seine Regierung ihn vor seiner Abreise nach Paris noch „mit unverwerflichen Beweisen ausstatten wollte für den festen Willen des Kaisers Franz Joseph, das Einvernehmen mit Frankreich aufrecht zu halten und durch feierliche Verpflichtungen in Hinsicht auf jede weitere Eventualität zu festigen.“

Marseille, 16. November. Die Königin-Mutter von Neapel hat sich hier eingeschifft, um nach Rom zurückzukehren. — Die Königin Christine hat auf einer der ironischen Inseln eine Wohnung bezogen.

Schweiz.

Bern, 14. Nov. [Mexiko.] Der Bundesrath hat so eben eine Note der republikanischen Regierung von Mexiko erhalten, welche, von San Luis de Potosi, den 22. Juli 1863, datirt und von dem Ministerstaatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet, die Erwartung ausspricht, daß die Schweiz als Schwesterrepublik der Republik Mexiko bei dem Proteste, welchen letztere bei den Mächten gegen die gewaltsame Umwälzung ihrer Staatsverfassung durch die französische Invasion erhoben hat, ihren Beistand nicht versagen werde. Auf den Protest näher eingehend, theilt die Regierung der Republik Mexiko dann mit, daß sie jedes Abkommen, jeden Vertrag oder jede Vereinbarung, bei der die von dem General Forey eingesetzte provisorische Regierung oder der Kaiser, für welchen Mexiko in ein Kaiserreich umgeschaffen werden soll, theilhaftig ist, im Voraus als ungültig und für sie nicht verbindlich erklärt. (R. Z.)

Italien.

Der König Viktor Emanuel gab am 12. d. Mts. den in Neapel anwesenden Senatoren und Abgeordneten und dem diplomatischen Korps ein großes Diner und wohnte dann einem im Casino der Unione veranstalteten Balle bei. Am folgenden Tage weihte er das zur Aufnahme von 500 Kranken bestimmte neue Jesus-Maria-Spital ein. Bis zu jenem Tage hatte das stürmische Wetter die Flotten-Revue noch immer verhindert.

Die Sängerin Grisi und die Unternehmer des Theaters Della Pergola in Florenz haben die Einnahme einer Aufführung der „Norma“ als Beitrag zu der für die verwundeten Polen eröffneten Subskription bestimmt.

Neapel, 16. November. Die Flotten-Revue hat heute stattgefunden und ist sehr glänzend ausgefallen.

Spanien.

Madrid, 16. Novbr. Die Königin hat das Einladungsschreiben des Kaisers Napoleon beantwortet und sich mit dem Kongreß-Vorschlage vollkommen einverstanden erklärt. — Zwei Dampfer mit 1400 Mann an Bord sind von Cadix nach San Domingo abgegangen.

Der Aufstand in Polen.

Warschau, 15. November. Hiesige Korrespondenten auswärtiger Blätter machen die Mittheilung, daß die kürzlich nach Rußland Deportirten aus höheren Ständen in der Citadelle gar nicht einmal verhört, sondern nur so nach Gutdünken ohne Urtheil und Recht verschickt werden. Das ist durchaus unwahr. Von den Deportirten ist auch nicht einer, der nicht mehrfach verhört und nach seinen Geständnissen gerichtet worden. Mit dem Tode sind bisher nur diejenigen bestraft worden, welche selbst Morde begangen, oder dabei mitgewirkt haben, wie der am 13. d. M. erschossene Truszyński, so auch alle sogenannten National-Gendarmen. Die neulich deportirten Herren und Damen aber sind erwiesenermaßen Mitglieder entweder der „National-Regierung“ oder der Organisation, welche den Aufstand verbreitete. Wenn man hier die gehängten oder erschossenen Mörder als Unschuldige und Heilige ansieht, dann sind allerdings die Deportirten in diesem Sinne auch unschuldig, ja Märtyrer. — Die neulich nach Rußland Verschickten sind auf der Reise eben so gut verpflegt worden, als wenn sie frei für eigene Rechnung gereist wären. Der Mittagstisch, Thee, Kaffee u. s. w. wurde ihnen gleich jedem andern anständigen Reisenden verabreicht; in Rußland werden sie, mit Ausnahme einiger sehr gravirten jungen Leute, in ihren Bestimmungsorten, Wologda, Kostroma, Jaroslaw u. s. w. internirt, dürfen sich dort frei bewegen, erhalten zu ihrem Unterhalt 1/2 Rubel täglich, und können noch eben so viel aus eigenen Fonds beziehen. Für einen Rubel kann man in den kleineren Städten dort schon anständig leben. Ueberdies soll die Strafe nur so lange dauern, bis die Ruhe in Polen wiederhergestellt ist. — Das Schreiben des Kaisers an den Großfürsten belebt die Hoffnung, daß nach wiederhergestellter Ruhe seine Einverleibung in Rußland, von der schon oft gesprochen wurde, sondern die Durchführung der Reformen erfolgen soll, und der Großfürst Konstantin dann wieder als Statthalter zurückkehren wird. Selbst daß die hier stehenden Garderegimenter auch ferner in Warschau verbleiben, spricht bis zu einem gewissen Grade für diese Annahme. (Ostf. Z.)

General Berg läßt jetzt das große an das Rathhaus angrenzende Lagiewnicki'sche Haus, das er aus städtischen Mitteln ankaufen ließ, zu einer Kaserne für ein Polizei-Korps von 3000 Mann einrichten.

Der „Dziennik Powszedny“ bringt folgende Nachricht aus Krassnow: „Im Krassnow'schen Gebiete haben die Insurgenten im Namen der unterirdischen Regierung den Gutsbesitzern das Abheben des Branntweins unter Todesstrafe verboten, damit die Kassen keine Propinations-Einnahmen beziehen.“

Von der polnischen Grenze, 15. Novbr. Von Ralsch erfährt man, daß die Truppen dieser Garnison eiligst nach Wloclawek gerufen wurden, wo jetzt Fürst Wittgenstein mit seinen Truppen operirt und dort einige zerstreute Insurgentenbanden verfolgt.

In den der preussischen Grenze ganz nahe gelegenen Kreisen befindet sich seit Kurzem eine Menge russisches Militär, worunter Kosaken vom Don, Tscherkessen und Armenier sind, die den russischen Regimenten eingereiht sind und als Freiwillige ihrem Kaiser mit Gut und Leben dienen. Das Bedürfniß, Einkäufe bei preussischen Kaufleuten zu machen, bringt diese fremdartigen Gestalten, die den orientalischen Typus noch unvermischt an sich tragen, oft in die der Grenze zunächst gelegenen Orte. Am meisten fällt dann ihre fremdartige Kleidung, bestehend aus einem Mantel mit unendlich langen Ärmeln, die bis zur Erde hinabreichen und einem Gibbon sehr bequem sein würden, auf. Ihre Kopfbedeckung ist eine turbanartige hohe Mütze von Varenfell, die bis an die Augen herabgezogen, diesen wilden zimmerfarbenen Gesichtern mit den mordlustigen Augen einen noch unheimlicheren Ausdruck giebt. Ihre Waffen sind große trumme Säbel, starke Dolche und ziemlich große Flinten. Ihre Pferde, so abgetrieben sie oft auch aussehen, sind dennoch außerordentlich dressirt und halten die größten Strapazen aus. In Konin sollen besonders viele Tscherkessen stehen, und wehe den armen, oft noch im Knabenalter stehenden Insurgenten, wenn sie in die Hände dieser scheinbar so blutdürstigen Feinde fallen.

Von der polnischen Grenze, 16. November, wird der „Ostf. Ztg.“ geschrieben: Seit der provisorischen Uebernahme der Statthaltertschaft durch den Grafen Berg besteht im Königreich Polen die Anordnung, daß neben den Truppen-Detachements, deren Zweck die Bekämpfung der vorhandenen Insurgentenabtheilungen, mithin ein rein militärischer ist, auch fliegende Kolonnen zu administrativen Zwecken, namentlich zur exekutiven Vertreibung der Steuern, zur Vornahme von Revisionen und Verhaftung von politisch kompromittirten Personen u. s. w., das Land nach allen Richtungen durchstreifen. Für beide Arten von militärischen Kolonnen hat General Graf Berg verschärfte Instruktionen erlassen, die an Strenge den Murawiew'schen durchaus nicht nachstehen, und darauf berechnet sind, den Aufstand in möglichst kurzer Zeit mit Gewalt zu unterdrücken. So sind die Kreismilitärchefs angewiesen, zur Bekämpfung der in ihrem Kreise vorhandenen Insurgentenabtheilungen mindestens zwei bis drei Detachements von entsprechender Stärke fortwährend im mobilen Zustande zu erhalten, die in Verbindung miteinander zu operiren und die Insurgentenabtheilungen so lange unablässig zu verfolgen und zu attackiren haben, bis die vollständige Vernichtung derselben erreicht ist. Dabei wird allerdings den Truppenkommandeuren ausdrücklich zur Pflicht gemacht, nicht zu dulden, daß verwundete oder gefangene Insurgenten von den durch die Hitze des Kampfes aufgeregten Soldaten gemißhandelt werden. Die Grundsätze der Menschlichkeit sollen selbst dann nicht verletzt werden, wenn von Insurgenten gegen verwundete oder gefangene russische Soldaten Grausamkeiten verübt sind. Die Befehlshaber der fliegenden Kolonnen sind unter Anderem beauftragt, die Städte, Dörfer und Wohnungen der Gutsbesitzer in dem ihnen zugewiesenen Bezirk wiederholt zu besuchen und die Einwohner zu verifiziren. Finden sie bei diesen Besuchen fremde oder verdächtige Personen, so sind nicht bloß diese, sondern auch die betreffenden Bürgermeister, Schulzen, Wohle und Gutsbesitzer zu verhaften und vor das Kriegsgericht zu stellen. Eine andere Vorschrift befiehlt den Kommandeuren der zu administrativen Zwecken ausgesendeten Kolonnen, in den in ihrem Bezirk gelegenen Städten, Dörfern und Wohnungen von Gutsbesitzern wiederholte Revisionen vorzunehmen und namentlich nach für Insurgenten bestimmten Waffen, Bekleidungsgegenständen und Lebensmitteln zu suchen. — In der Nähe von Krakau wurden am 12. d. zwei mit großen Spiritusstößen beladene

diespännige Wagen angehalten und einer Revision unterworfen. In den Tonnen fanden sich 120 Gewehre mit Bayonnetten, 45 Kavallerie-
säbel und eine große Menge Kugeln. Die drei Begleiter dieser Wagen wurden verhaftet.

Von der polnischen Grenze, 17. November, wird der „Dis. 3.“ geschrieben: Die Mitte v. M. von der revolutionären Regierung angeordnete allgemeine Zugbewegung hatte, wie bereits früher berichtet, in der Provinz Posen und in Westpreußen wenig Anklang gefunden. Die Frucht aller Anstrengungen des Posener Nationalkomitees waren einige vierzig, fast ausschließlich der städtischen arbeitenden Klasse angehörige Zugkrieger gewesen, von denen aber die meisten in der Nähe der Grenze von preussischen Patrouillen aufgegriffen wurden, oder freiwillig in die Heimath zurückkehrten, so daß damals der Insurrektion aus der Provinz Posen und aus Westpreußen keine wesentliche Verstärkung zugeführt wurde. Die „Nationalregierung“ soll daher dem Posener Komitee wegen „Mangel an Energie“ eine ernste Rüge erteilt und dasselbe zu verdoppelten Anstrengungen aufgefordert haben. In wie weit dieses Gerücht gegründet ist, bin ich nicht in der Lage zu entscheiden; Thatsache aber ist, daß die Anwerbung von Zugkrieger seit Mitte v. M. mit verdoppeltem Eifer in der Provinz Posen fortgesetzt worden ist. Indessen, das Resultat ist auch diesmal weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Trotz der größten Anstrengungen ist es nur gelungen, eine berittene Schaar von 45 Mann aufzubringen und auszuwählen. Dieselbe sammelte sich in den ersten Tagen d. M. im Powidzky Walde, im Kreise Breschen, passierte am 7. die nahe Grenze und begann bald darauf, durch eine aus dem Kreise Kalisch herbeigekommene kleine Reitereschar verstärkt, im Kreise Konin ihre Operationen. Bei dem Städtchen Klechow wurden beide vereinigten Abtheilungen, deren Gesamtstärke etwa 100 Mann betragen mochte, zuerst von einer Kosakenpatrouille bemerkt, welche die Nachricht nach Konin brachte. Ein russisches Detachement wurde sofort zur Verfolgung der feindlichen Schaar abgeordnet, zu dessen Unterstützung am folgenden Tage ein anderes Detachement aus Kalisch herbeieilte. Es gelang aber nicht, die Insurgenten, die sich nach den Wäldungen von Kozmierz gewendet hatten, aufzufinden. Jedemfalls sind dieselben schon nach dem Kreise Lenczy weitergezogen und haben ihre Bestimmung, die dort und im Kreise Kalisch operirenden kleinen Abtheilungen zu verstärken, glücklich erreicht. Die neue Insurgentenabtheilung war durchweg vollständig und gut bewaffnet und mit kurzen weißen Schapellen bekleidet. Ueberhaupt sind bereits fast sämtliche Insurgentenabtheilungen mit dieser warmen und höchst praktischen Winterkleidung versehen. Der größte Theil dieser Pelze ist trotz der Wachsamkeit der russischen Grenzbehörden aus dem Auslande bezogen worden.

A s i e n.

— Wie der französische „Moniteur de l'Armée“ aus Schanghai vom 22. September meldet, hatte die chinesische Regierung in Erfahrung gebracht, daß der zu den Rebellen übergegangene Amerikaner Burgevine sich erboten habe, dem Führer der Taipings binnen Jahresfrist ein kriegsgeliebtes Korps von 2000 Amerikanern zu stellen. In der That sind zwei reichlich mit Geldmitteln versehene Agenten Burgevine's von den Kaiserlichen aufgefangen und zu dem Geständnisse genöthigt worden, daß sie nach Amerika hätten gehen wollen, um dort Soldaten zu werben.

A m e r i k a.

Newyork, 6. November. [Die Belagerung von Charleston; Tennessee; die Wahlen.] Die Nachrichten aus Charleston reichen bis zum 1. d. Mts. Laut Depeschen aus dem Lager der Konföderirten dauerte das Bombardement des Forts Sumter ohne Unterbrechung am 31. Oktober und 1. November fort. Am erstenwähnten Tage feuerten die Belagerer 1005 Schüsse ab und am Nachmittage des 1. November wurden durchschnittlich vier Schüsse per Minute abgefeuert. Früh am 31. Oktober stürzte die nach der See zu gelegene Frontmauer des Forts ein und begrub 13 Mann der Besatzung unter den Trümmern. Die Flaggenstange ward zweimal umgeschossen und die Flagge selbst so übel zugerichtet, daß sie durch die Flagge des georgischen Regiments ersetzt werden mußte. — Die Konföderirten haben Lookout-Mountain bei Chattanooga noch immer inne und beschießen von dort aus Hooker's Stellung in Lookout-Valley. Bragg's Fourgetrain ist in Lookout-Mountain erbeutet worden. — Wie man hört, stehen in Ost-Tennessee außer Guerrillaschaaren keine Konföderirten mehr. — Aus Alabama wird die Besetzung von Columbia durch die Unionstruppen gemeldet. — General Meade hat die Erlaubniß erhalten, anzugreifen und ist mit mehrlägigen Rationen aufgebrochen. — Die Majorität der Republikaner im Staate Newyork bei den Wahlen beträgt 35,000 Stimmen. In Newyork ist der Sieg auf Seiten der Demokraten.

— [Neueste Nachrichten.] Das fällige Postdampfschiff hat Newyorker Nachrichten vom 7. d. gebracht. Der Dampfer „Salvor“ hatte von Charleston vom 4. die Nachricht nach Philadelphia gebracht, daß die Unionisten das Fort Sumter erstürmt und besetzt hätten. Man erwartet ungeduldig die Bestätigung der Nachricht. Meade soll die Straße von Warrenton nach Richmond, auf der er sich anfangs bewegt, verlassen haben, um eine neue Operationsbasis zu nehmen, die ihm besser gegen die Streifkorps der Konföderirten geschützte Winterquartiere darbiete. Bei Colliersville haben die Unionisten einen Angriff zurückgeschlagen. Der „Philadelphia Enquirer“ bringt das wenig wahrscheinliche Gerücht, daß die Konföderirten Richmond geräumt hätten. — Seward hat in einer öffentlichen Rede erklärt, der Friede werde nicht eher wiederhergestellt werden als bis Lincoln Präsident aller Staaten sei. — Wechselkurs auf London 162, Goldagio 48, Baummwolle 85.

Der Postdampfer „Etna“ mit 146,000 Dollars an Contanten, hat Newyorker Nachrichten vom 9. d. nach Cork gebracht. Die Nachricht von der Einnahme des Forts Sumter war erfunden. Am 7. d. Mts. gingen zwei Divisionen der Meade'schen Armee unter Segwick und French gegen den Rappahannock vor und nahmen die Redouten, welche die Konföderirten zum Schutz der Eisenbahnbrücke und der Fuhrts Kelly's Ford aufgeworfen hatten. Am 8. überschritt die ganze Armee Meade's den Fluß, ohne auf Widerstand zu stoßen, und ging bis Vandy vor. Burnside's Kavallerie ging oberhalb durch eine Fuhrts. Die Konföderirten nahmen zwei vorgeschobene Positionen Burnside's und machten die Hälfte zweier daselbst stationirten Regimenter zu Gefangenen. — Wechselkurs auf London 160 1/2, Goldagio 46.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

C. S. Berlin, 18. November. [3. Plenar Sitzung], um 11 Uhr 20 Minuten vom Präsidenten Eberhard Grafen zu Stolberg-Wernigerode eröffnet. — Am Ministerische der Kriegsminister General v. Moos, die Minister Graf Ikenburg, Graf zur Lippe, Graf Eulenburg und ein Regierungskommissar. — Das Haus ist Anfangs spärlich, die Tribünen so wie die Ab-

geordnetenloge sind bis auf den letzten Platz besetzt. — In der Hofloge erscheinen der Feldmarschall v. Wangel und der Schloßhauptmann v. Köber, in der Diplomatenloge nehmen der Herr v. d. Heydt, der österreichische Gesandtschaftssekretär Graf Chotel und andere Diplomaten Platz. — Durch Vermittlung des Hrn. v. Bismarck findet dem Hause die Verhandlungen der belgischen Kammern und der „Moniteur belge“ seit 1860 zugestellt worden. — Der Minister des Innern giebt schriftlich ausführliche Mittheilungen über die in der Zusammenkunft des Hauses seit dem Schluss der letzten Session stattgehabten Veränderungen, welche verlesen werden. — Drei der gewählten Schriftführer haben erklärt, dies Amt wegen dauernder Verbindung nicht ausüben zu können; es wird daher nach Erledigung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung die Wahl dreier anderer Mitglieder zu diesem Amte stattfinden. — Das Wort erhält der Handelsminister Graf v. Arnim, welcher die Verordnung, betreffend die Verhütung des Zusammenstoßes von Seeschiffen auf offener See, zur nachträglichen verfassungsmäßigen Genehmigung vorlegt und ähnlich wie im Abgeordnetenhaus motiviert. — Die Verordnung wird einer noch zu wählenden Kommission für Handel und Gewerbe, aus 15 Mitgliedern bestehend, überwiesen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: Bericht über die Preßverordnung vom 1. Juni. — Die Diskussion leitet der Berichterstatter, Herr v. Daniels ein: Die heutige Verhandlung beschränkt sich auf die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Verordnung und darauf beziehe sich der erste Theil des von der Kommission gestellten Antrages. Der zweite Theil des Antrages sei ebenso notwendig. Die Gründe, weshalb die Kommission sich für die Verfassungsmäßigkeit ausgesprochen hat, sind theils rechtlicher, theils tatsächlicher Natur. Ueber die rechtliche Begründung wird in diesem Hause kein Zweifel sein; nach Artikel 63 ist allen gesetzlichen Bedingungen genügt. Die Kommission hat gegen die Verfassung verstößende Bestimmungen in der Verordnung nicht gefunden. Der Art. 27 der Verfassung sichert die Freiheit des Gedankens; diese beschränkt die Verordnung nicht; letztere ist aber auch nicht gegen die gesamte, sondern nur gegen einen Theil der Presse gerichtet. Außer Gedankenfreiheit sichert die Verfassung auch persönliche Freiheit, also Schutz gegen Angriffe auf die Ehre, gegen Verdächtigungen. Der Nothstand war hier unverkennbar, und die Mittel, ihn abzuheben, reichen nicht aus, der gewöhnliche Weg der strafgerichtlichen Verfolgung genügt nicht, dem Uebel entgegenzutreten. Die Presse im Allgemeinen hatte einen Ton angeschlagen, der in der Presse anderer Länder beispiellos ist. Hoffentlich wird das Haus den Kommissionsanträgen einstimmig beitreten.

Herr Dr. Telskamp: Der Art. 63, auf welchen sich die Verordnung stützt, macht von den andern Bestimmungen nur eine Ausnahme im Falle des Nothstandes. Die öffentliche Sicherheit war zur Zeit des Erlasses nicht gefährdet, den Beweis des Nothstandes hat die Regierung nicht geführt und genehmigte man die Verordnung, so würde ein Hauptgrund der Zustimmung der drei Faktoren der Gesetzgebung illusorisch gemacht. Also principiell obsta. Dem Art. 28 widerspricht die Verordnung, denn sie stellt ein ganz neues Strafsystem auf; sie widerspricht auch den Art. 7 u. 8 der Verfassung, die Verordnung ist verfassungswidrig und die Genehmigung kann nicht erteilt werden. Die Kommission beantragt die Genehmigung; verlegt aber eins der Häuser dieselbe, sie tritt die Verordnung außer Kraft. Ich bitte daher, die Genehmigung nicht zu erteilen.

Graf v. Krasnow ist in allen Punkten entgegengesetzter Meinung, wie der Vordrucker. Der Erfolg der Verordnung ist in mancher Beziehung ein erfreulicher gewesen. In keinem europäischen Lande war solcher Unfug getrieben wie in dem preussischen; der Erfolg genügt nicht, wenn sie annehmend sich äußern. Es wäre dringende Veranlassung gewesen, mehr zu thun, denn es bestehen noch Schandblätter wie die hiesige „Volkszeitung“. Die Strafgesetze sind viel zu milde gegen Preßvergehen, und es war dringender Anlass hier härter aufzutreten. In Betreff der Verfassungsmäßigkeit sind Verordnungen auch Gesetze, so lange sie nicht von den Kammern verweigert sind. Die Verordnung erhält keine Strafen, ich finde keine darin, auch eine Konfessionsentziehung ist keine Strafe; sie kann nur den Betroffenen zeitweise empfindlich berühren. Auch gegen die Art. 7 und 8 ist nicht verstoßen; Niemand ist seinem ordentlichen Richter entzogen, es ist nur die Kompetenz der Richter anders geregelt. Was die Stellung der Richter anbelangt, so heißt es etwas Uebermenschliches verlangen, wenn er eine fulminante demokratische Rede gehalten und dann eine Zeitung wegen eines Artikels, der seinen eigenen Gedanken, Ansichten und Worten entspricht, verurtheilt soll. Ich bin ein warmer Freund der geordneten Pressefreiheit; wird die Verordnung verworfen, so mögen sich die Redaktionen selbst Schranken der Mäßigung ziehen.

Herr Bloemer: Es ist Thatsache, daß die Erregung, welche in der letzten Zeit die Presse ergriffen, einen bestimmten Konflikt zum Grunde hat, und dies ist auch in dem Kommissionsbericht von dieser wie von der Regierung anerkannt. Die Presse stellte sich auf Seiten der Landesvertretung. Durch die Verordnung werden die Ausschreitungen der Verwaltung in die Hände gegeben; diese Ausschreitungen bestehen nicht in einzelnen Verstößen gegen die Strafgesetze, sondern in der Gesamthaltung des Blattes. Das ist aber eine äußerst schwierige Frage, aus der Gesamthaltung das Strafbild zu beurtheilen. Die Kommission urtheilt, daß der Nothstand so sehr noch fortdauert, daß noch immer Mißbräuche nahe liegen, wenn sich nicht an die Verordnung die Preßnovelle anschließt. Nach der Ansicht der Kommission ist also die von der Regierung gegebene Erwartung nicht in Erfüllung gegangen, und doch sagt die Regierung an einer anderen Stelle gerade das Gegenteil. Ueber die Gesamthaltung ist das Urtheil sehr schwierig und da gehen Kommission und Regierung weit auseinander. Thatsächlich ist zu konstatiren, daß durch die Preßnovelle alles wieder der richterlichen Kognition zugewiesen wird; was nach der Genehmigung der Novelle möglich wird, warum soll dies nicht vorher möglich sein? Warum soll der Richter nicht ebenfals die Gesamthaltung eines Blattes beurtheilen können? Warum soll denn nicht die Strafe verhängt und die verschärfte Strafe den Richtern in die Hand gegeben werden? — Der durch die Verordnung geschaffene Zustand ist nachtheilig für die Achtung der Staatsregierung, denn sie setzt das Ansehen der Richter herab; ist es nicht auch ebensowohl Unmenschliches von der Staatsregierung verlangt, in eigener Sache unbefangenen zu strafen? Die Verordnung ist auch unheilvoll für den gebrochenen Frieden, dessen Wiederherstellung wir anstreben, denn der Verfall leidet unter der Gewalt, ist nicht nach dem Rechte und von Richtern bestraft. Ausschreitungen in der Presse haben nach beiden Seiten hin stattgefunden, durch die Verordnung aber finden sie nicht ihre Erledigung. Es ist mir eine schwere Pflicht, meine Zustimmung zu versagen, aber — der Wahrheit die Ehre!

Herr v. Zander: Ich werde für beide Anträge stimmen, aber die Annahme, als wäre in der Kommission Einstimmigkeit gewesen über beide Anträge, ist nicht richtig und ich spreche im Namen des dissentirenden Mitgliedes, das verhindert ist, der heutigen Sitzung beizuwohnen. Der Antrag 2 ist etwas Ueberflüssiges, er übersteigt die Kompetenz der Kommission, denn er gehört zur Verabredung über die Preßnovelle und ist dort zu stellen. Gleichwohl kann ich den Antrag 1. nicht fallen lassen; die Kommission will damit nicht die Regierung anregen, verfassungswidrig zu handeln. Ich bitte über die Anträge getrennt abstimmen zu lassen. — Was die Verordnung betrifft, so ist die Form gewahrt, der Inhalt hat das Maß des äußersten Nothwendigen innegehalten. Zweifelhaft ist nur die Frage, ob die Art. 7 und 8 der Verfassung verletzt sind. Hatte aber die Verordnung Gesetzeskraft, so konnte der Art. 7 abgeändert werden, gegen diesen Artikel ist also keine Verletzung begangen. — Thatsächlich berichtet Herr v. Daniels, daß er ausdrücklich hervorgehoben, daß gegen Art. 11. des Antrages eine Stimme erhoben. — Thatsächliche Berichtigung erfolgt auch seitens des Vorsitzenden der Kommission, Hrn. v. Meding; eine innere Differenz der Ansichten sei in der Kommission nicht zu Tage getreten. (Die Minister v. Bodelschwingh und v. Seldow sind eingetreten.)

Herr v. Camphausen (Köln): Jedermann ist sich bewußt, daß die hier beliebte Vertheilung nur die Bedeutung haben kann, daß das Herrenhaus mit der Zurücksetzung der Presse unter die Verwaltung einverstanden ist. Ich will mich auf nutzlose Erörterungen nicht einlassen. Für das Fortbestehen des Ministeriums mag die Beschränkung der Presse nothwendig gewesen sein, und insofern könnte man einen Nothstand zugeben, aber ein Wunsch des Ministeriums ist noch kein Nothstand des Landes. Schlimm genug, wenn die Regierung nicht ein bißchen Freiheit der Presse betragen kann, nur ihre eigene Meinung darin vertreten sehen will. In Frankreich heißt es auch, Napoleons Dynastie werde nicht eher feststehen, bis sie die Pressefreiheit ertragen kann. Ich stimme mit der großen Majorität des Hauses, die 1860 der Deklaration zum Preßgesetz zugestimmt hat; ich stimme gegen die Anträge. — Der Minister des Innern versichert, daß ein ministerieller Nothstand nicht vorhanden gewesen, nicht vorhanden sei. Nothstand ist ein relativer Begriff, Nothstand kann auch ohne Aufruhr bestehen.

Herr v. Senff-Pilsach: Es genügt eigentlich, ein Paar Thatsachen aus dem Leben herauszugreifen. Redner versucht es, die Gegner der Anträge in ihren Ansichten zu widerlegen. Ich richte mich nicht, wie Hr. Cam-

phausen wünscht, nach der öffentlichen Meinung; das wäre ein Unglück, wenn ich meine Handlungen danach richtete. Die Minister wurden von den Personen aus den Parteien der Demokratie angegriffen. Die Aktion des Meisters nimmt immer zu, in den Meutereien dieses Jahres sind an 70 Schutzmänner verurtheilt worden; aber das ist Freiheit! Nehme man die acht Artikel der „Volkszeitung“ über die Sterblichkeit in der Armee und man wird zugeben, daß die Verordnung die Freiheit der Presse nicht zu sehr beschränkt hat. Das Bedürfnis, die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten, der Nothstand ist heute noch vorhanden; können sich aber die beiden Häuser nicht einigen, so giebt es keinen andern Rath, als die Preßverordnung von einem Landtag zum andern zu übertragen. Man muß sich hier mit der demokratischen Tagespresse beschäftigen, obgleich sie doch nur für Müßiggänger bestimmt und nichts weiter als eine Schmaroberpflanze ist. Die Presse hat viel geleistet; in den letzten drei Jahrhunderten hat sie viel Ausschreitungen begangen. Hr. v. Sybel hat am 3. August in Bonn eine Rede gehalten, worin von der Gefährlichkeit der Presse gesprochen und König Friedrich II. mit einer Aeußerung am 5. Juni 1840 citirt wird: diese Aeußerung ist aber im Dezember schon zurückgenommen worden. Redner bleibt in seinen Ausführungen nicht mehr bei der Sache und wir übergehen die geschichtlichen Citate über Aeußerungen preussischer Könige in Betreff der Presse. In der heutigen Presse begehen wir eine große Anzahl ehrenwerther Ausschreitungen, z. B. die „Kreuzzeitung“. Der Eigentümer einer großen liberalen Zeitung erlaubt seiner Frau und seinen Töchtern nicht, seine Zeitung zu lesen, die er nur für seinen Geldbeutel schreibt, er hält ihnen aber die „Kreuzzeitung“. — Die 200 demokratischen Zeitungen haben unlängst erzählt, das Herrenhaus habe einen Beschluß gefaßt, der null und nichts ist. Schreibe das einer in England, er würde zwei Jahre ins Gefängniß gesteckt, 7 Jahre unter polizeiliche Aufsicht gestellt und zahlte 6000 Thaler Strafe. So ein lumpiger Zeitungschreiber kann sich bei uns einen solchen Angriff auf das Herrenhaus erlauben und wird dafür nur gering bestraft! Redner verliest Citate aus Zeitungen, Angriffe gegen die Minister enthaltend. So heißt es z. B., Hr. v. Moos habe nie einen patriotischen Schritt gethan u. s. w. Von den Soldaten werde gesagt, sie seien Schergen des Absolutismus, sie seien nicht genug besoldet, daher die große Sterblichkeit. Da mag man sich doch in die Lage eines Soldaten denken. Und welches sind dann die Folgen des Kritisirens und Raionirens? Die Disziplin wird vernichtet. Eine Zeitung hat die Dreistigkeit gehabt, das respektvolle Benehmen einer Stadt gegen den Kronprinzen zu loben. Man bedachte doch auch die Stellung des Hauses zur Presse und in welcher Weise sich ein berüchtigter Mann darüber ausspricht (verliest eine Stelle aus Stahl und schließt damit).

Freiherr v. Diergardt: Die freie Presse mag mit vielen Unannehmlichkeiten verbunden sein, sie bringt aber andererseits große Vortheile. Der größte Theil des Volkes ist mit den Maasregeln der Regierung nicht einverstanden; am Meist hat die Verordnung die große Mäßigung gegen die Regierung bedeutend gefördert. Ich werde gegen die Anträge stimmen.

Herr v. Below wirt einen kurzen Rückblick auf die Preßgesetzgebung, und eine Mittheilung dabei. Die jetzige Ordnung steht auf einer andern Basis als das frühere Gesetz. Auch 1848 war man sich der Unparteilichkeit der Richter bewußt; auf politischem Gebiete existirt aber die Unparteilichkeit des preussischen Richterstandes nicht mehr — ich muß das, durch meine Unverantwortlichkeit gebot, hier offen ausprechen, so wehe es mir thut. Rechtsanwalte benutzen Prozesse, um ihren politischen Einfluß auszuüben; Gerichte, denen ein Begnadigungsgesuch zur Berichterstattung überwiesen worden, haben den Bittstellern gesagt: hattet Ihr Euch an uns gewendet, so hätten wir uns für die Begnadigung verwendet, da Ihr Euch aber an den König gewendet, sollt Ihr noch sitzen etc. — Ich empfehle die Anträge.

Herr v. Bernuth: Es hat mich schmerzhaft berührt, so eben Vorwürfe gegen den preussischen Richterstand gehört zu haben, wie noch nie, und ich hätte eine Zurückweisung von anderer Seite gewünscht. Wenn die Verordnung die Ausschreitungen der Verwaltung überträgt, so frage ich, welche größere Sicherheit denn die Verwaltungsbehörden gewahren, als die richterlichen Kollegen. Ich wollte eigentlich, daß nur der Rechtspunkt erörtert werde. Wichtig ist noch Folgendes: Ich bin weit entfernt, die Haltung der Presse in der letzten Zeit in Schutz zu nehmen, ich erkenne die Mängel an, aber dieser Zustand ist auf den Konflikt zwischen Regierung und Landesvertretung basirt. Die öffentliche Meinung ist ein Faktor des Staatslebens, dem sich Niemand widersetzen kann, ohne sich selbst zu schädigen. Jedemfalls verneine ich, daß die Zustände der Art waren, daß sie eine Verordnung begründen konnten. In dem Berichte fehlen die juristischen Gründe, eigentlich ist aber die von Hrn. v. Zander beliebte Interpretation des Art. 7 der Verfassung. Der Art. 86 ist der Sedes materiae, ist der wichtigste Artikel. Es ist ferner wohl nicht nöthig, nachzuweisen, daß Zeitungsverbote Strafen sind und sogar sehr harte Strafen; verfassungsmäßig können sie also nur vom Richter verhängt werden. Seit dem Erscheinen der Verordnung habe ich dieselbe mit den Gesetzen anderer Staaten verglichen und habe mich zuerst nach Frankreich gerichtet, weil dort auch das Verwarnungs-System herrscht. In Oesterreich hat bis zum 17. Dec. v. J. dasselbe System begonnen, und seitdem besteht ein Preßgesetz, wonach die Strafen nur von Richtern verhängt werden können, das Verwarnungs-System aber aufgehoben wird. Ich bin der Ueberzeugung, daß Rechtsgründe für den Erlass der Verordnung nicht vorhanden sind; ich stimme also gegen den ersten Antrag; den zweiten verstehe ich nicht; es heißt hier nur annehmen und ablehnen.

Der Regierungskommissar: Die Verfassungswidrigkeit der Verordnung ist überall behauptet, die Regierung ist vom Gegentheil überzeugt und durch die vorgebrachten Argumente in ihrer Ueberzeugung nicht erschüttert. Art. 62 sagt, daß die Gesetzgebung durch den König und die beiden Häuser ausgeübt wird, daran schließt sich Art. 63, woraus hervorgeht, daß die Verordnungen Gesetzeskraft haben; ein Gegensatz zwischen Verordnung und Gesetz ist hier aber auch gar nicht denkbar. Es giebt in Preußen kein Gebiet, das nicht durch Gesetz geregelt ist, wenn also Verordnung ein Gegensatz wäre, so gäbe es für die königliche Befugniß nichts zu thun. In der Verfassung findet man Artikel, bei welchen die Gesetze nur durch Zustimmung der Kammern entstehen können. Was heißt Gesetz? Gesetz ist ein genereller Ausdruck und umfaßt auch die Verordnungen, sonst wäre tabula rasa auch mit dem Sprachgebrauch durch die Verfassung gemacht worden. Auch die Entschaffung des Artikels 63 spricht für die Ansicht der Regierung. Wir stehen aber sehr wesentlich auf einem otkorrierten Zustand; denn nicht bloß die Verfassungsurkunde, sondern auch eine Menge von Verordnungen sind 1849 und 1850 und später otkorriert worden, ja im Juni 1850 wurde auch eine Preßverordnung otkorriert. Damals wurde die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung nicht in Zweifel gestellt. Der Regierungskommissar ergeht sich in ausführlichen Mittheilungen über Vorgänge in den Kammern aus den Jahren 1848, 1849 und 1850. Uebrigens enthalte auch die Preßverordnung von 1850 Strafbestimmungen. Was die Artikel 7 u. 8 der Verfassung betrifft, so mag Artikel 96 bei Seite gestellt werden, welcher von der Kompetenz der Richter handelt. Die französische Gesetzgebung ist nicht zu empfehlen; bezüglich der österreichischen Gesetzgebung muß man erstlich nicht vergessen, daß hier in Preußen ein Nothstand vorhanden war; aber auch sonst wird sich die preussische Presse für das österreichische Gesetz mit seinen Restriktionen bedanken.

Der Justizminister: In den Motiven bebt die Regierung ausdrücklich hervor, daß sie der Lage der Gesetzgebung allein, nicht der Person der Richter den Nothstand zuschreibt. Die Regierung hat deshalb auch die Frage von der gewerblichen Seite aufgestellt. Ich verwahre die Richter gegen den generellen Vorwurf der Parteilichkeit, der zu hart ist, wenn auch einzelne Ausschreitungen vorgekommen sein mögen.

Ein Antrag auf Schluss der Diskussion wird gestellt und angenommen, denn die Rednerliste ist erschöpft. — Hr. v. Zander macht eine thatsächliche Bemerkung. — Der Referent v. Daniels empfiehlt kurz die Anträge, über welche getheilt abgestimmt werden wird und zwar in namentlicher Abstimmung, bei welcher der Kommissionsantrag 1., worin die Genehmigung erteilt wird, mit 74 gegen 8 Stimmen angenommen wird, und zwar stimmen dafür: Graf v. Arnim, Graf v. Arnim-Boysenburg, v. Arnim-Römhild, v. Arnim-Sperrenwalde, Graf v. Ballestrin, v. Below, v. Borke, Brandis, Brant, v. Bredow, Graf Brühl, Graf Carmer, v. Daniels, Graf v. Dohna-Finkenfeld, Graf Dohna-Reicherswalde, Graf Dohna-Schlöbitten, v. Duisberg, Fabricius, v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Frhr. v. Gaffron, Göbe, Graf Gögen, v. Gysmeron, v. Gatten, Graf Hangwitz, v. Hellermann, Homeyer, v. Jena, Graf Jepsen, v. Karstedt, v. Kette, v. Keller, Graf Königsmark-Plane, Graf Krasnow, Graf Krosow, v. Koppel, Graf zur Lippe, Graf Lynar, Frhr. v. Malsb., v. d. Marwitz, v. Maslow, v. Meding, v. d. Osten, Frhr. v. Paleske, Piper, v. Pils, v. Rabe, Rabenau, Fürst Bog. Radzivil, Graf v. Redern, v. Reibnitz, Graf Reventlow, Frhr. v. Riga, Graf Rittberg, v. Rodow, v. Blesow, Frhr. v. Romberg, Graf Rothkirch-Trach, Frhr. v. Schlichting, Graf v. Schlieben, Graf

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 19. Novbr. 1863.

Fonds. Posener 4% alte Pfandbriefe 103½ Br., do. 4% neue 94½ Br., do. Rentenbriefe 94 Br., do. 4% Kreis-Obligationen 98 Br., polnische Banknoten 90 Br.

Wetter: trübe.

Roggen matt, p. Nov. 29½ Br., ½ Ob., Nov.-Dez. 29½ Br., ½ Ob., Dez.-Jan. 29½ Br., ½ Ob., Jan.-Febr. 1864 30½ Br., Febr.-März 31 Br., 30½ Ob., März 31½ Br., April-Mai 32½ Br., 30½ Ob.

Spiritus (mit Faß) gekündigt 21,000 Quart, pr. Nov. 13½ Ob. u. Br., Dez. 13½ Br., ½ Ob., Jan. 1864 13½ Br., ½ Ob., Febr. 13½ Br., ½ Ob., März 13½ Br., ½ Ob., April 13½ Br., ½ Ob.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 19. November 1863. (Marcus & Maass.)

Weizen, behauptet.	55	55½	Mai-Juni	36½
Novbr.	55½	56	Novbr.	11½
Febr.	57½	57½	April-Mai	11½
Roggen, unverändert.			Spiritus, stiller.	
Novbr.	36½	36½	Novbr.	14
Febr.	34½	34½	Novbr.-Dezbr.	14
Frühjahr	36½	36½	Frühjahr	14½

Produkten-Börse.

Berlin, 18. Novbr. Wind: W. Barometer: 28°. Thermometer: früh 2° +. Witterung: regnerisch.

Man war heute wieder flau gestimmt für Roggen und Preise verfolgten ferner weichen Tendenz. Der Handel auf Termine ist nicht belebt gewesen, da die Verkäufer sich in die niedrigeren Gebote nur ungenügend fügten. Das Effektivgeschäft ist recht still, Auerbahrungen hatten zwar keinen großen Umfang, sie erweiterten sich aber der schwachen Nachfrage überlegen und dies scheint auf den Terminhandel einen drückenden Einfluß auszuüben. Gefündigt 3000 Centner.

Rüßöl war heute vernachlässigt und auf alle Termin, so auch p. November, etwas an Wert verloren.

Spiritus war wieder ziemlich begehrt, besonders sind die entfernten Termine beliebt und genießen bereits einen ansehnlichen Report. Preise sind nur wenig verändert. Gefündigt 90,000 Quart.

Weizen: unverändert.

Hafer: loco flau, nahe Termine neuerdings billiger, spätere wenig verändert, gestern ist Frühjahr auch verkauft. Gefündigt 5400 Centner.

Weizen loco 50 a 60 Rt. nach Qualität, fein, weiß, bunt, poln. 58 Rt. ab Bahn bz., do. gelb, poln. 57 Rt. do.

Roggen loco 35½ Rt. ab Bahn und fein, do. 35½ Rt. ab Boden bz., feinen neuen 37½ Rt. ab Bahn bz., Nov. 35½ Rt. bz., Nov.-Dez. 35½ a

a 35½ a 35½ bz., Br. u. Ob., Frühj. 37 a 36½ bz. u. Ob., 36½ Br., Mai-Juni 37½ bz., Juni-Juli 38½ bz.

Gerste große 31 a 37 Rt. p. 1750pfd., kleine do.

Hafer loco 21 a 23 Rt. nach Dual., poln. 22 Rt. ab Bahn bz., Nov. 21 a 20½ Rt. bz., Nov.-Dez. do., Dez.-Jan. 21½ bz., Frühjahr 22½ a 22½ bz., Mai-Juni 23 Br., Juni-Juli 23 Ob.

Erbsen, Hochwaare 40 a 48 Rt., 45 Rt. p. 2250pfd. bz., Mittelwaare 41 Rt. do.

Winterraps 84 a 86 Rt., Winterrüben 82 a 84 Rt. Rüßöl loco 12½ Rt. bz., gestern 12¼ bz., Nov. 12½ a 12½ bz. u. Br., 12¼ Ob., Nov.-Dez. 11½ a 11½ bz. u. Br., 11½ Ob., Dez.-Jan. 11½ Br., Jan.-Febr. 11½ Br., April-Mai 11½ a 11½ bz., Br. u. Ob., Mai-Juni 11½ Br.

Leinöl loco 14½ Rt. Spiritus loco ohne Faß 14½ a 14½ Rt. bz., Nov. 14½ a 14½ a 14½ bz. u. Ob., 14½ Br., Nov.-Dez. 14½ a 14½ a 14½ bz. u. Br., 14½ Ob., Dez.-Jan. do., Jan.-Febr. 14½ Br., 14½ Ob., April-Mai 14½ a 14½ a 14½ bz. u. Br., 14½ Ob., Mai-Juni 15½ a 15½ bz., Juni-Juli 15½ bz. u. Ob., 15½ Br.

Stettin, 18. Novbr. Wetter: trübe und milde, + 10° R. Wind: Süd-West.

Weizen matt, loco p. 85pfd. gelber 50-55½ Rt. bz., 83/85pfd. gelber p. Novbr. 56 bz., 55½ Br., Nov.-Dez. 55 Br., Frühjahr 58½, 58, 57½ bz. u. Br., Mai-Juni 58½ bz. u. Br.

Roggen flau, p. 2000pfd. loco neuer 35½-36½ Rt. bz., Nov. 34½, ½ bz., ½ Br., Nov.-Dez. 34½ bz., Frühj. 36½, ½ bz., ½ Br. u. Ob. Gerste schlech. loco p. 70pfd. 32 Rt. bz., oberbr. 70pfd. 30½ bz. Hafer ohne Umfag.

Heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen 50-56 34-39 28-32 20-24 36-39. Neu 17½-22½ Sgr. Stroh 6-7 Rt. Kartoffeln 12-14 Sgr. Rüßöl still, loco 12 Rt. Br., Nov. 12 Br., 11½ Ob., Nov.-Dez. 11½ Br., April-Mai 11½ Br.

Spiritus ruhig, loco ohne Faß 14½ Rt. bz. (starke Waare eine kleine Partie 14½ bz.), Nov. 14½ bz., ½ Br., Nov.-Dez. 14½, 13¾ bz., Dez.-Jan. 14½, 14 bz., Jan.-Febr. 14½ bz. u. Ob., Febr.-März 14½, ½ bz., Frühjahr 14½ bz. u. Br., Mai-Juni 14½ bz.

Leinöl loco mit Faß 14½ Rt. Br., April-Mai 13 bz. Feinsamen Bernauer p. Febr. 12½ Rt. bz.

Gering, schott. Crown und Fullbrand 9½-10 Rt. tr. bz., kleiner Baar 3½ Rt. tr. bz.

Cocussöl, Ceylon 16½ Rt. bz. (Off.-B.)

Breslau, 18. Novbr. [Produktenmarkt.] Wind: West. Regen, früh 5° Wärme. Der Verkehr am heutigen Landmarkt war ein recht beschränkter, Zufuhren blieben mit Ausnahme von Roggen schwach. Weizen ohne Aenderung, p. 84pfd. weiß. schlech. 54-67 Sgr., gelb. 53-63 Sgr.

Roggen matter, p. 84pfd. 40-43-45 Sgr. Gerste vernachlässigt, p. 70pfd. 30-35 Sgr., feinste weiße 36-38 Sgr. Hafer ruhig, p. 50pfd. 26-28 Sgr.

Rocherben 52-56 Sgr., Futter 50-52 Sgr. p. 90 Pfd. Bohnen, galiz. 60-68 Sgr., schlech. 69-74 Sgr. p. 90pfd. Widen 47-50 Sgr.

Deffaaten fest behauptet, Winterraps 192-206-216 Sgr., Winterrüben 186-194-204 Sgr., Sommerrüben 156-170-176 Sgr. p. 150 Pfd. Brutto.

Rapstücken 49-53 Sgr. p. Ctr. Schlaglein in feiner Waare begehrt, Preise unverändert, 5½-6-6½ Rt. p. 150 Pfd. Brutto.

Kleeblätter fülltes Geschäft, roth. ordin. 9-10, mittel 10½-11½, fein u. hochf. 12-12½ Rt., weiß. ordin. 10-11½, mittel 13-15, fein 16-17½, hochf. 18-19 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 13½ Rt. Ob. Breslau, 18. Novbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.]

Kleeblätter roth gefragter, ord. 10-10½, mittel 11-11½, fein 12-12½, hochf. 12½-13½ Rt. Kleeblätter weiß unverändert, ord. 10-10½, mittel 11-11½, fein 12-12½, hochf. 12½-13½ Rt.

Roggen (p. 2000pfd.) fast unverändert, p. Nov., Nov.-Dez. u. Dez.-Jan. 33 Br., Febr.-März 33½ Ob., April-Mai 1864 34½ Br. u. Ob. Weizen p. Nov. 47½ Ob.

Gerste p. Nov. 35 Br.

Hafer p. Novbr. 35½ Br., April-Mai 1864 36½ Br., ½ Ob. Raps p. Nov. 98½ Br.

Rüßöl wenig verändert, loco 12 Br., 11½ Ob., p. Nov. 11½ bz., Nov.-Dez. 11½ bz., Dez.-Jan. 11½ Br., April-Mai 1864 11½ Br., 11½ Ob. Spiritus wenig verändert, gekündigt 24,000 Quart, loco 13½ Ob., 13½ Br., p. Nov., Nov.-Dez., Dez.-Jan. u. Jan.-Febr. 13½ bz., April-Mai 1864 14½ Br., Mai-Juni 14½ Br., 14½ Ob. (Bresl. Börs.-Bl.)

Magdeburg, 18. Novbr. Weizen 52-54 Thlr., Roggen 39-43 Thlr., Gerste 35-40 Thlr., Hafer 24-25 Thlr.

Kartoffel-Spiritus. (Perm. Gesell.) Vorkaare ungenügend am Markt, laufender Monat stark gefucht, spätere Termine ruhig. Loco 15½ Thlr., per diesen Monat 15½ Thlr. ohne Faß; Novbr. 14½ Thlr., Novbr.-Dez. 14½ Thlr., Dez.-Jan. 14½ Thlr., Jan.-Febr. 14½ Thlr., April-Mai 15½ Thlr., Mai-Juni 15½ Thlr. pr. 8000 pEt. mit Uebernahme der Gebinde a 1½ Thlr. pr. 100 Quart.

Hoppenbericht.

Berlin, 16. Nov. Während in England untergeordnete Sorten ganz darnieder liegen und selbst für seine Waare die Nachfrage in der vergangenen Woche nicht so stark war, wie in der vorliegenden, bleibt auf dem Kontinent das Hopfengeschäft überall und in allen Gattungen anhaltend belebt. Aber trotz des regen Verkehrs haben wir nur folgende Preisveränderungen zu notiren: Fränkische Landwaare am 14. in München 115-120 Fl. gegen 105-115 in der Vorwoche; in Pilsen hat man am 9. Primaware zu 60 und gewöhnliche zu 50-55 Fl. verkauft gegen resp. 50-60 und 45 Fl. am 21. Oktober; in Neustadt a. S. stand der Preis am 10. 66-75 Fl. gegen 60 Fl. Ende vorigen Monats. Schwesingen, 8. Nov. 60-70 gegen 45-60 Fl. am 25. Oktober und schließlich stieg Saager Stadgut von 135 auf 140 Fl. In allen übrigen Waaren ist kaum eine Preisveränderung eingetreten. (Börs.)

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 18. Novbr. Getreidemarkt. Weizen unverändert, ruhig. Roggen loco unverändert, Dölse weniger fest gehalten. Del unverändert, loco und pr. November 24½ Brief, pr. Mai 25½. Kaffee, verkauft schwimmend eine Ladung Rio 2800 Sad loco, 1500 Sad Maracaibo, 500 Sad Domingo; Preise unbewegt. Zucker bewegt, wiederum 8 Schillinge höher. Rint 1000 Centner Frühjahr 11½.

Amsterdam, 18. Novbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen fest. Roggen loco preisbehaltend, lebhafter; auf Termine flauer. Raps November 66. Rüßöl November 37½, April 37½.

London, 18. Novbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizenmarkt beschränkt, aber fest. Frühjahrsgetreide fest. - Wetter trübe.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 18. November Vormittags 8 Uhr 7 Zoll. 19.

Telegramm.

Berlin, 19. November. Abgeordnetenhaus. Die polnischen Mitglieder des Hauses beantragen die Sistirung der Untersuchung gegen die drei verhafteten polnischen Abgeordneten. Der Antrag wird dem Justizauschuß überwiesen.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 18. November 1863.

Preussische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4	100	8
Staats-Anl. 1859	5	104½	bz
do. 50, 52 Fonv.	4	96½	bz
do. 54, 55, 57, 59	4	100½	bz
do. 1856	4	100½	bz
do. 1853	4	96½	bz
Präm.-St. Anl. 1855	3	119	96½ bz
Staats-Schuld.	3	87	bz
Kur-u-Reum. Schuld.	3	—	—
Oder-Deichb.-Obl.	4	99½	8
Berl. Stadt-Obl.	4	101½	8
do. do.	4	85½	bz
Berl. Börsen-Obl.	5	—	—
Kur-u-Reum. Markt.	4	88½	bz
Preussische Ostpreussische	3	83½	bz
do. do.	4	93½	8
Pommersche do. neue	4	99½	8
Posenische do. do.	3	—	—
Schlesische do. B. garant.	3	—	—
Westpreussische do. do.	3	83½	bz
do. do. neue	4	93½	8
Kur-u-Reum. Markt.	4	96½	bz
Pommersche do. do.	4	96½	8
Preussische do. do.	4	94½	8
Rhein-Westf. do. do.	4	96½	8
Sächsisch. do. do.	4	96½	8
Schlesische do. do.	4	97½	8

Ausländische Fonds.

Deutsche Metalliques	5	61½	8
do. National-Anl.	5	66½	8 bz
do. 250fl. Präm.-Obl.	4	75½	8
do. 100fl. Kred.-Obl.	—	77½	bz
do. 50fl. Loose (1860)	5	77½-78½-77½	bz
Italienische Anleihe	5	69	bz
5. Steglitz Anl.	5	81	8
do. do.	5	90½	8
Englische Anl.	5	88½	8
It. Anl. Egl. Anl.	5	54½	bz
do. do.	4	—	—
do. v. J. 1862	5	85½-86½	bz
Poln. Schatz-D.	4	69½	bz u. 8
Gerl. A. 300 fl.	5	87	8
do. B. 200 fl.	—	22½	8
Pfdr. n. i. Sgr.	4	83	bz u. 8
Part. D. 500 fl.	4	86	8
Hamb. Pr. 100 Bkr.	—	—	—
Kurb. 40 Thlr. Loose	—	55½	etw. bz
Neue Bad. 35fl. Loose	—	30	8
Deffauer Präm. Anl.	3	102½	8
Kübeder Präm. Anl.	3	49½	Rt. (p. St.)

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsscheine.

Berl. Kassenverein	4	116	8
Berl. Handels-Ges.	4	106½	8
Braunschwg. Bank	4	73	8
Bremer do.	4	107	8
Colbarger Kredit-do.	4	91	8
Danzig. Priv. Bl.	4	99½	8
Darmstädter Kred.	4	85½	bz u. 8
do. Zettel-Bank	4	100½	8
Deffauer Kredit-B.	4	30½	bz u. 8
Deffauer Landesbl.	4	30½	bz u. 8
Dist. Komm. Anl.	4	94	Post bz u. 8
Genfer Kreditbank	4	50½	bz u. 8
Geraer Bank	4	95	bz u. 8
Gothaer Privat do.	4	90	8
Hannoversche do.	4	98½	8
Königsb. Privatbl.	4	100½	8

Leipziger Kreditbl.

Leipziger Kreditbl.	4	73½	Rt. bz u. 8
Euremburger Bank	4	103	8
Magdeb. Privatbl.	4	87½	8
Meininger Kreditbl.	4	91½	8
Nordbau. Rand. Bl.	4	32	8
Norddeutsche do.	4	101½	bz u. 8
Deutsche Kredit. do.	5	74½-74	bz
Pomm. Ritter. do.	4	93	8
Posener Prov. Bank	4	95	8
Preuss. Bank-Anth.	4	126½	bz
do. Hypoth. Ver.	4	110½	8
do. do. Gerst.	4	101½	8
do. do. (Genf.)	4	105	8
Schles. Bankverein	4	99	bz u. 8
Thüring. Bank	4	70½	8
Vereinsbank. Hamb.	4	103	etw. bz
Weimar. Bank	4	88	etw. bz

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	—	—
do. II. Em.	4	—	—
do. III. Em.	4	—	—
Aachen-Mastricht	4	—	—
do. II. Em.	4	—	—
Bergisch-Markische	4	—	—
do. II. Ser. (conv.)	4	—	—
do. III. S. 34 (R. S.)	3	79	bz
do. Lit. B. 3	79	bz	—
do. IV. Ser.	4	—	—
do. Düsseldorf. Oberf.	4	—	—
do. II. Em.	4	—	—
III. S. (Pm.-Socf.)	4	—	—
do. II. Ser.	4	—	—
Berlin-Anhalt	4	97½	8
do. do.	4	100½	8
Berlin-Hamburg	4	—	—
do. II. Em.	4	—	—
Berl. Potsd. Mg. A.	4	97	8
do. Lit. B. 4	—	—	—
do. Lit. C. 4	95½	8	—
Berlin-Stettin	4	—	—
do. II. Em.	4	92½	8

Berl.-Stett. III. Em.

Berl.-Stett. III. Em.	4	92	8
do. IV. S. v. St. gar.	4	99½	8
Bresl.-Schw.-Fr.	4	—	—
Coln-Grefeld	4	—	—
Coln-Minden	4	101	8
do. II. Em.	5	103	bz
do. do.	4	—	—
do. III. Em.	4	—	—
do. do.	4	100½	8
do. IV. Em.	4	90	8
Gef. Verb. (Wfth.)	4	—	—
do. III. Em.	4	—	—
Magdeb. Halberst.	4	—	—
Magdeb. Wittenb.	4	100	8
Mosco-Nijan Sg.	5	84	8
Niederichlef. Märk.	4	95	8
do. conv.	4	95	8
do. conv. III. Ser.	4	93½	8
do. IV. Ser.	4	—	—
Niederichlef. Zweigb.	5	100½	8
Nordb. Fried. Wfth.	4	—	—
Oberichlef. Litt. A.	4	—	—
do. Litt. B. 3	—	—	—
do. Litt. C. 4	—	—	—
do. Litt. D. 4	—	—	—
do. Litt. E. 3	81½	8	—
do. Litt. F. 4	100	8	—
Deutr. Franzöf. St.	3	253	bz
Deutr. süd. Staatsb.	3	254	8
Pr. Wfth. I. Ser.	5	92½	8
do. II. Ser.	5	92½	8
do. III. Ser.	5	—	—
Rheinische Pr. Obl.	4	95	8
do. v. Staat garant.	3	—	—
do. Prior. Obl.	4	95	8
do. do.	—	1862½	—
do. v. Staat garant.	4	—	—
Rhein-Nahe v. St. g.	4	99½	8
do. II. Em.	4	99½	8
Ruhrort-Grefeld	4	—	—
do. II. Ser.	4	—	—
do. III. Ser.	4	—	—
Stargard-Posen	4	—	—

Starg.-Posen II. Em.

Starg.-Posen II. Em.	4	—	—
do. III. Em.	4	—	—
Thüringer	4	—	—
do. II. Ser.	4	—	—
do. III. Ser.	4	—	—
do. IV. Ser.	4	—	—

Eisenbahn-Aktien.

achen-Düsseldorf	3½	98	8
achen-Mastricht	4	27	bz u. 8
amsterd. Rotterd.	4	103½	bz
erg. Märk. Lt. A.	4	105	bz
erlin-Anhalt	4	152	bz
erlin-Hamburg	4	120	bz
erl. Potsd. Magd.	4	185	bz
erlin-Stettin	4	128-27½	bz u. 8
öhm. Westbahn	5	61-61½	bz u. 8
resl. Schw. Freib.	4	131	bz
rieg-Neiße	4	83½	bz
oln-Minden	3½	174	bz
of. Dber. (Wfth.)	4	50½	bz
do. Stamm-Pr.	4½	—	—
do. do.	5	—	—
dnwigschaf. Berb.	4	134	bz
agdeb. Halberst.	4	—	—
agdeb. Leipzig	4	—	—
agdeb. Wittenb.	4	65	bz
ainz-Ludwigsh.	4	123½	bz
esslenburger	4	62½	bz u. 8
ünster-Hammer	4	—	—
üdereschl. Märk.	4	95½	8
üdereschl. Zweibr.	4	60	8
rb.-, Frd. Wfth.	4	57½-57½	bz
üerschl. Lt. A. u. C.	3½	149½	8
ft. Franz. Staat.	5	104	bz
ft. sld. StB (Rom)	5	139½-39½	bz
ypeln-Zarnowitz	4	53½	bz
Wfth. (Steel-B)	4	—	—
eimische	4	95	8
do. Stamm-Pr.	4	105	8
hein-Stagebahn	4	23	8
hrodt-Grefeld	3½	97½	8
ff. Eisenbahnen	5	106	8